

Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung am 15. 11. 2011 in Berlin
„Wozu braucht Deutschland Soldaten? Wofür töten? Wofür sterben?“

Einleitungsrede des geschäftsführenden Vorstands, Dirk Reimers

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Die Idee der deutschen Nation ist zu wichtig, um sie extremen politischen Kräften zu überlassen“.

Mit diesem Aufruf gründete Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt 1993 die Deutsche Nationalstiftung - gemeinsam mit Michael Otto, Gerd Bucerius, Kurt Körber und weiteren Freunden.

Zu den Männern der ersten Stunde gehörten z.B. Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf, Ulrich Cartellieri, Richard Schröder, Günter de Bruyn, Georg Leber, Ignaz Bubis, Kurt Masur und Fritz Stern, deren Namen allein schon das Profil der Deutschen Nationalstiftung repräsentieren.

Die Stiftung hat den [Auftrag](#), das Zusammenwachsen Deutschlands zu fördern, die nationale Identität der Deutschen bewusst zu machen und die Idee der deutschen Nation als Teil eines vereinten Europas zu stärken.

Diesen Auftrag erfüllt die Stiftung mit ihren deutschsprachigen Jugendprojekten für Schüler aus ganz Europa, mit der jährlichen Verleihung des Deutschen Nationalpreises und mit Veranstaltungen zu Grundsatzfragen der Nation.

Sie tut das ohne Inanspruchnahme öffentlicher Gelder mit der Unterstützung anderer Stiftungen, privater Unternehmen und ihres Fördervereins, in dem sich interessierte Menschen und Unternehmen zusammengefunden haben.

Unsere Stiftung hat sich schon mit vielen Grundsatzfragen der Nation befasst: z.B. mit dem Thema „Sprache“, mit der Bedeutung von wirtschaftlichem Wachstum für den nationalen Zusammenhalt und mit dem Verhältnis von nationaler und europäischer Identität.

Unser heutiges Thema berührt die Grundlagen unserer Existenz als Nation. Es geht um die Erkundung unserer Bereitschaft, uns selbst zu verteidigen – bis hin zur letzten Konsequenz von Leben und Tod.

[In welchem Maße sind die Deutschen willens und inwieweit sind sie in der Lage, ihre Werte und nationalen Interessen wirksam zu verteidigen?](#)

Und wie definieren die Deutschen ihre Verantwortung als Teil des europäischen Bündnisses, der NATO und der Vereinten Nationen?

Nach welchen Kriterien sind sie bereit, auch über die deutschen Grenzen hinaus militärisch Verantwortung zu übernehmen, so wie es andere auch für uns tun? Wo sagen wir ja, wo nein?

Eine breite öffentliche Debatte über diese Fragen steht aus, obwohl sich die Bundeswehr und die gesamte Sicherheitspolitik Deutschlands in den letzten zwei Jahrzehnten tiefgreifend verändert haben.

Die Gefährdung unserer Sicherheit durch Staaten, die mit oder ohne förmliche Kriegserklärung Deutschland mit Panzern überrollen, mutet schon eher nostalgisch an. Wir haben es heute mit anderen Gefährdungen zu tun.

Ein so exportorientiertes und international verflochten-arbeitsteiliges Land wie Deutschland kann heute grundsätzlich überall auf der Welt existentiell getroffen werden, ohne dass jemand seinen Fuß auf deutschen Boden setzen muss – und das weniger durch Staaten, als vielmehr durch den Zerfall von staatlichen Ordnungen und durch anonyme, nichtstaatliche Einzelgruppierungen.

Einer so diffusen und gleichzeitig so umfassenden Gefährdung kann Deutschland nicht allein begegnen.

Schritt für Schritt hat sich die Bundeswehr deshalb nach der deutschen Einheit von einer Wehrpflichtarmee zur Landesverteidigung gegen einen erwarteten Angriff aus dem Osten hin zu einer in Bündnisse eingebetteten Einsatzarmee entwickelt:

Beispiele für diesen Prozess sind die humanitäre Aktion in Kambodscha 1992, die Somalia-Aktion UNOSOM II und die Embargo-Überwachung im Rahmen der NATO in Jugoslawien im selben Jahr. Es folgten 1995 bis in dieses Jahr der Bosnien-Einsatz, 1998 - mit offenem Ende - der Kosovo-Einsatz, 2001 - mit ebenfalls nicht absehbarem Ausgang - der Afghanistan-Einsatz und 2006 die Kongo-Aktion.

Die Deutschen wurden mit heimkehrenden Verwundeten und mit toten Soldaten konfrontiert:

Im Oktober 1993 wurde in Pnom Penh zum ersten Mal ein deutscher Soldat erschossen, am 29. 4. 2009 ist das erste Mal nach dem Weltkrieg ein deutscher Soldat in Afghanistan gefallen).

Zuerst waren es „einsatzbedingt in einer besonderen Situation ums Leben gekommene“ Soldaten, inzwischen sind es - zutreffenderweise - „Gefallene“.

Eine angemessene „Erinnerungskultur“ muss aber noch entwickelt werden. Der Umgang mit ihren Toten sagt viel aus über den Zustand einer Nation.

Für die reale Einsatzlage der Soldaten wird inzwischen ohne herumzureden das Wort „Krieg“ verwendet. Die aus einem anderen Jahrhundert stammenden Begrifflichkeiten des Grundgesetzes mit ihren förmlichen Zuständigkeitsregeln konnten diese Einsätze noch nicht erfassen.

Dennoch gibt es seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 an der Rechtmäßigkeit dieser in Bündnisse eingebundenen Einsätze „out of area“ keinen Zweifel. (Art 87a steht der Anwendung von Art. 24 II GG nicht entgegen).

Die öffentliche Debatte hinkt diesen Entwicklungen aber hinterher.

Warum ?

Ist es [Realitätsverweigerung](#), wie sie in radikalpazifistischen Positionen auf Kirchentagen und anderenorts zum Ausdruck kommt?

Ist es eine moralisch höhere Warte, mit christlicher Begründung gegen Gewalt zu sein - und damit sowohl den Angehörigen der Streitkräfte als auch den in der Entscheidung über Auslandseinsätze stehenden Politikern zu unterstellen, sie seien dies nicht?

Gibt es wirklich eine Alternative, auf Streitkräfte zu verzichten, wenn man nur entschlossen genug „kreativ und intelligent“ gegen Gewalt und soziale Probleme vorgeht? Wenn man nur stark genug wünscht und anderen die Konfrontation mit der Realität überlässt? Dann muss man auch Polizei und Feuerwehr abschaffen, weil alle gegen Gewalt und Brände ist.

Vor allem muss man dann auch die Verantwortung übernehmen, wenn die großen und kleinen Tyrannen dieser Welt darauf nicht hören und mit dem Recht des Stärkeren gänzlich ungehindert ihre Opfer suchen.

Das ist die Kehrseite des Pazifismus. Es gibt keine einfachen Lösungen und auch Eskapismus hat seinen moralischen Preis

Oder gibt es andere Gründe für die öffentliche [Gleichgültigkeit oder bestenfalls das „freundliches Desinteresse“](#)?

Hat unsere alternde und im Wohlstand lebende Bevölkerung vielleicht den Selbstbehauptungswillen und die Vitalität verloren, eigene Werte zu erkennen und dafür zu kämpfen?

Dann dürfen wir auch von unseren Verbündeten nicht verlangen, für unsere Ziele Opfer zu bringen. Man kann nicht immer nehmen, ohne zu geben.

Oder haben nationale Interessen gegenüber den Individualinteressen keinen Stellenwert mehr? Löst sich das „Wir“ unseres Zusammenlebens in lauter „Ichs“ auf? Haben wir unser Land vollkommen denen überlassen, die von allem den Preis kennen und den Wert von nichts?

Dann liefere § 1 des Soldatengesetzes leer, wonach „Staat und Soldaten durch gegenseitige Treue miteinander verbunden sind“.

Dann könnte auch die jetzt angelaufene (seit Juli 2011) Werbung der Bundeswehr um Freiwillige mit den Worten „Wir. Dienen. Deutschland“ nicht verfangen (Davor hieß es mindestens so eindrücklich: „Ja, Dienen!“ und „Ja, Tapferkeit!“),

Dann blieben für einen Dienst in den Streitkräften nur materielle Anreize wie in dem Film „Lohn der Angst“ oder bei den Blackwater-Unternehmen dieser Welt.

Dann könnten wir nationale Ziele allenfalls noch mit Söldnerarmeen erfüllen, wofür es in der Geschichte bis zur Antike durchaus Beispiele gibt.

Deshalb ist die Debatte dieser Themen so wichtig. Ihr Ergebnis ist ein Prüfstein für die Lage unserer Nation und auch für unsere Bündnisfähigkeit in Europa, in der NATO und bei den Vereinten Nationen.

Wir müssen uns der Bundeswehr zuwenden. Wir sind nur in dem Maße eine Nation, in dem wir das Schicksal unserer Soldaten als Teil unseres eigenen Schicksals empfinden.

Das schützt uns dann auch vor Großmannssucht und falschem Heldenpathos.

Es geht also um viele ernste und schwierige Fragen und ich bin dankbar, dass wir dafür einen so besonderen Hauptredner und ein so besonderes Podium gewinnen konnten.

Dr. Thomas de Maizière war Panzergrenadier und Oberleutnant der Reserve, bevor er nach juristischem Studium das Wort „Dienen“ in verschiedenen Verwendungen des öffentlichen Dienstes mit Leben erfüllte:

1983 als Mitarbeiter des damaligen Regierenden Bürgermeisters in Berlin, Richard von Weizsäcker, 1990 nach den ersten freien Wahlen im Arbeitsstab des Ministerpräsidenten der DDR, bis 1994 als Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und bis 1998 als Chef der dortigen Staatskanzlei.

Dann in Sachsen als Chef der Staatskanzlei (1999), Finanzminister (2001-2002), Justizminister (bis 2004) und Innenminister (bis 2005).

Bis 2009 beim Bund als Staatsminister und Chef des Bundeskanzleramtes, bis 2011 Bundesinnenminister und seit dem 3. März 2011 Bundesminister der Verteidigung.

Unser Moderator **Dr. Theo Sommer** ist ein weltweit tätiger Journalist und Buchautor und vielen vor allem als Redakteur, Chefredakteur, Herausgeber und jetzt als „editor at large“ der Wochenzeitung „Die Zeit“ bekannt.

1969 war er aber auch unter dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung und 1970 bis 1972 Mitglied der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung und 1999 bis 2000 stellvertretender Vorsitzender der Weizsäcker-Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“.

Meine Damen und Herren, die anderen Mitglieder des Podiums wird Ihnen Theo Sommer vorstellen.

Herr Minister de Maizière, wir freuen uns jetzt auf Ihre Rede.

Dirk Reimers
Geschäftsführender Vorstand